

wird die Bereitschaft beider Länder bekräftigt, in den Bereich erneuerbarer Energien intensiv zu investieren.¹⁰

Ein weiteres Ziel der Zusammenarbeit besteht darin, Strom aus erneuerbaren Energieträgern von Marokko in Richtung Europa zu exportieren. Die Frage bleibt allerdings, ob dieses Ziel in absehbarer Zukunft erreichbar sein wird. Der Umstieg zu erneuerbaren Energien sollte in erster Linie dazu dienen, Marokko die erhoffte Energieunabhängigkeit zu verschaffen. Darüber hinaus bleibt die Frage offen, ob die in Marokko regenerativ erzeugte Energie zur Deckung des Bedarfs in den Staaten der Region Nahost und Nordafrika verwendet oder in Richtung Europa exportiert werden soll. Die EU hat noch keine Vereinbarung getroffen, die den Import von Grüner Energie aus Nordafrika regelt. All dies zeigt, dass der von marok-

kanischer und deutscher Seite erhoffte Energieexport nach wie vor Probleme zu überwinden hat, für die noch keine Lösungen in Sicht sind.

Bei Marokkos Megaprojekten, dem Solarkraftwerk in der Nähe von Ourazazate sowie dem Windpark bei Tanger, die weltweit zu den größten ihrer Art gehören, ist die Bundesregierung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in Milliardenhöhe beteiligt. Für den Ausbau der Solaranlagen und das Ausbreiten und Vergrößern der Windparks in Marokko sind seitens der Bundesregierung weitere Finanzierungen zugesagt worden. Vor diesem Hintergrund befindet sich die deutsch-marokkanische Zusammenarbeit auf einem guten Weg, denn die beiden Länder stimmen darin überein, die Energiewende mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

10 | Vgl. Auswärtiges Amt, „Deutsch-Marokkanische Beziehungen – Inkrafttreten der ‚Erklärung von Rabat‘“, 12.09.2013, <http://bit.ly/1o39c3m> [28.07.2014].

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

Hans Maria Heyn

DAS HAUPTPROBLEM BLEIBT DIE WASSERVERSORGUNG

Das Westjordanland und der Gazastreifen sind ein wasserarmes Gebiet. Dies macht Wasser zu einem der Hauptstreitpunkte zwischen den Palästinensern und ihren Nachbarn. Umwelt- bzw. Wasserprobleme werden daher sowohl in der nationalen als auch internationalen Wahrnehmung mitunter als politische Probleme wahrgenommen. Da – unter anderem – Wasservorräte zwischen den Konfliktparteien geteilt werden müssen, kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Unstimmigkeiten. Aus diesem Grund wird der Klimawandel in den Palästinensischen Gebieten als so genannter Risikomultiplikator betrachtet, der zu einer Zuspitzung des regionalen Konfliktes beitragen könnte.

In den letzten zwei Jahrzehnten wurde ein kontinuierlicher Temperaturanstieg in der Region vermerkt, was zu einer erhöhten Verdunstung der Gewässer führte. Der gleichzeitige Rückgang der Niederschlags-

rate¹ resultierte in stetig zunehmender Wasserknappheit.² Das Westjordanland und auch der Gazastreifen beziehen ihr Süßwasser aus so genannten Untergrund-Aquifern, die durch Niederschlag im Winter aufgefüllt werden. Bei geringem Niederschlag können sich die Aquifer nicht vollständig regenerieren, was im Gazastreifen unter anderem dazu geführt hat, das Meerwasser in den Küstenaquifer eindringt und das verbleibende Trinkwasser versalzt.³ Bereits heute sind mehr als 90 Prozent der Wasservorräte im Gazastreifen ungenießbar – im Jahr 2016 werden es nach Berechnungen der Vereinten Nationen voraussichtlich 100 Prozent sein.⁴ Das anzunehmende Bevölkerungswachstum und der regionale Klimawandel führen zur Prognose, dass den Palästinensischen Gebieten im

1 | Jährlicher Rückgang von 10 bis 30 Prozent bis zum Jahr 2005. Marwan Hassan, „Palestinian Water: Resources, Use, Conservation, Climate Change, and Land Use“, in: *Digest of Middle East Studies*, Vol. 21, 2012, Nr. 2, S. 313–326.

2 | UNDP, Stand: 11.05.2014.

3 | Nidal Kader-Bader, Ministers Advisor for Climate Change, persönliches Interview, geführt vom Verfasser, Ramallah, 08.04.2014.

4 | Eran Feitelson, Tamimi Abdelrahman und Gad Rosenthal, „Climate change and security in Israel-palestine context“, in: *Journal of Peace Research*, Vol. 49 (1), S. 241–257.

Jahr 2020 rund 271 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr fehlen werden.⁵ Neben den Erschwernissen für die Landwirtschaft durch den Niederschlagsrückgang, geht in der Folge immer mehr fruchtbares Land durch Wüstenbildung und die voranschreitende Urbanisierung verloren.

In der palästinensischen Öffentlichkeit und den Medien wird der Klimawandel trotz all dieser Faktoren nur bedingt thematisiert. Angesichts der israelischen Besatzung erscheinen ein verringerter Niederschlag und erhöhte Temperaturen für viele Palästinenser als Nebensächlichkeiten. Die palästinensische Politik hat bisher nur bedingt auf die Gefahren des Klimawandels reagiert. Zwar wurde bereits im Jahr 1996 die Environmental Quality Authority (EQA) gegründet und 1999 das Palästinensische Umweltgesetz verabschiedet. Dessen Ziele (Schutz der Umwelt, der Artenvielfalt und gefährdeter Ökosysteme) wurden jedoch in der praktischen Politik kaum umgesetzt. Erst im Jahr 2008 wurde zusammen mit dem UNDP ein Strategie- und Aktionsprogramm für den Klimawandel in den Palästinensischen Gebieten veröffentlicht. 2010 gründete die Regierung das National Committee for Climate Change,⁶ dem neben Regierungsvertretern auch Nichtregierungsorganisationen, private Unternehmen und internationale Organisationen angehören. Doch trotz dieser Versuche, dem Klimawandel zu begegnen, wurden die ausgearbeiteten Programme bisher kaum implementiert. Auch die EQA nimmt eher eine Vermittlerfunktion ein und ist vor allem um internationale Spendengelder bemüht; ihr eigenes Budget umfasst weniger als ein Prozent des Gesamthaushalts der Palästinensischen Autonomiebehörde.⁷

Ähnlich sieht es beim Thema erneuerbare Energien aus. Die Palästinensische Autonomiebehörde hat in der Realität kaum Verfügungsgewalt über den Energiesektor. Israel kontrolliert über die Israel Electric Cooperation (IEC) rund 98 Prozent der Energieversorgung im Westjordanland. Das einzige Energiekraftwerk der Palästinenser steht im Gazastreifen und wird mit international gespendetem Diesel betrieben. In den letzten Jahren und Monaten kam es immer wieder zu Engpässen oder Totalausfällen, da ein fortlaufendes Arbeiten des Kraftwerks durch die Teilblockade des Gazastreifens nicht gewährleistet war.⁸

Die Energieunabhängigkeit der Palästinensischen Gebiete ist daher ein wichtiges Thema in der politischen Debatte. Da die Aneignung herkömmlicher Energiequellen gegenwärtig extrem schwierig erscheint, nehmen erneuerbare Energien einen immer größeren Stellenwert in der Debatte ein. Die Palestinian Energy Authority hat das Ziel festgelegt, bis zum Jahr 2020 rund zehn Prozent der lokalen Energieversorgung durch erneuerbare Energie zu decken.⁹ Schon jetzt benutzen rund 70 Prozent der palästinensischen Haushalte Solarpaneele, um das eigene Wasser zu erhitzen. Ein Großteil dieser technologisch einfachen Anlagen wird bereits heute im Westjordanland produziert,¹⁰ was ökonomische Anreize für weitere Investitionen im Feld der erneuerbaren Energien bietet. Das Westjordanland und der Gazastreifen verfügen mit ihren circa 3.000 Sonnenstunden im Jahr über ein hohes Potenzial für den Ausbau der Solarenergie. Entsprechend neuer Berechnungen könnten allein durch die Nutzung der Solarenergie bis zu 13 Prozent des Energiebedarfes der Palästinensischen Gebiete gedeckt werden.¹¹ Dieses Potenzial wird von der Palästinensischen Autonomiebehörde noch nicht ausreichend genutzt. Da die Palästinensischen Gebiete eine mehrheitlich landwirtschaftlich geprägte Region sind, wären auch Investitionen im Bereich Energie durch Biomasse und durch das Abfallprodukt Jefit, welches beim Olivenpressen entsteht, von Interesse.

Relevant für die Regierung wie auch für die Mehrheit der Bevölkerung ist diese Form der Energie nicht aus Klimaschutzgründen, sondern als willkommener Versuch, mehr Energieunabhängigkeit von Israel zu erlangen. Die größte Hoffnung wird dabei vor allem in das Hochseegasfeld vor Gaza zur Gasförderung gesetzt und nicht in erneuerbare Energien.

Der Großteil der Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes werden durch ausländische Träger koordiniert und finanziert. Die Palästinensische Autonomiebehörde konnte im Rahmen des Programms IKI des deutschen Bundesumweltministeriums zwei Projekte¹² im Westjordanland verwirklichen und ist Teil eines Projektes des European Neighbourhood and Partnership Instrument (ENPI). Die europäische Klima- und Energiepolitik

5 | Michael Mason, Mark Zeitoun und Ziad Mimi, „Compounding Vulnerability: Impacts of Climate Change on Palestinians in Gaza and the West Bank“, in: *Journal of Palestine Studies*, Vol. 41, Nr. 3, S. 38–53.

6 | Fn. 3.

7 | Ebd.

8 | Cecilia Ferrara und Assia Rabinowitz, „Gaza's gas: EU millions up in smoke“, *EUobserver*, 24.04.2013, <http://euobserver.com/investigations/119824> [28.07.2014].

9 | Riyad Hodali, Executive Director of the Palestinian Solar and Sustainable Energy Society, persönliches Interview, geführt vom Verfasser, Ramallah, 20.04.2014.

10 | The Palestinian Energy Authority, Renewable Energy Department, http://pea-pal.tripod.com/renewable_energy_department.htm [28.07.2014].

11 | Reegle, „Renewable energy“ und „Energy efficiency“, <http://reegle.info/profiles/PS> [28.07.2014].

12 | IKI, „Weltkarte und Projektliste“, <http://international-climate-initiative.com/de/projekte/weltkarte-und-projektliste> [28.07.2014].

wird daher sehr positiv bewertet, da die Palästinensischen Gebiete einer der Hauptnutznießer europäischer Hilfsgelder sind (vgl. hierzu das MED-ENEC¹³ und das EUROMED-Programm¹⁴). Die deutsche Energiewende spielt hierbei in der innerpalästinensischen Diskussion allerdings kaum eine Rolle. Da die Palästi-

13 | Energy Efficiency in the Construction Sector in the Mediterranean (MED-ENEC), <http://med-enec.com> [28.07.2014].

14 | Euro-Mediterranean Partnership (EUROMED), <http://eeas.europa.eu/euromed> [28.07.2014].

nensische Autonomiebehörde bisher kein vollwertiges Mitglied der Vereinten Nationen ist, kam es zu keiner Mitgliedschaft in etwaigen internationalen Umweltinstitutionen. Im Zuge der aktuellen Fortschritte bei Mitgliedschaften in internationalen Organisationen und Institutionen, erhofft sich die EQA allerdings einen Beitritt zu der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen möglicherweise noch im Jahr 2014.¹⁵

15 | Fn. 3.

TUNESIEN

Hardy Ostry | Marie-Christine Roux

Am 26. Januar 2014 verabschiedete die verfassungsgebende Versammlung Tunesiens eine neue Verfassung und verankerte so mit deren Artikel 45 das grundlegende Recht der tunesischen Bevölkerung auf „eine gesunde und ökologisch ausgewogene Umwelt, sowie das Recht auf Mitwirkung am Klimaschutz“. In einem weiteren Paragraphen verpflichtet sich der tunesische Staat dazu, „die zur Beseitigung der Umweltverschmutzung erforderlichen Mittel“ bereitzustellen.

Von einer fast einstimmigen Mehrheit unterstützt (144 Stimmen dafür, keine Gegenstimme und vier Enthaltungen) ist dieser Zusatzartikel das Zeichen, dass zumindest die Abgeordneten das „Bewusstsein der Notwendigkeit, einen Beitrag zu einem gesunden Klima und einer intakten Umwelt zu leisten, der die Nachhaltigkeit unserer natürlichen Ressourcen und künftigen Generationen ein sicheres Leben gewährleistet“, wie es in der Präambel steht, teilen. Für Hasna Marsit, tunesische Abgeordnete, die mit anderen diesen Artikel in der Versammlung vorstellte und verteidigte, erkennt die neue Verfassung damit an, dass Tunesien durch die Auswirkungen des Klimawandels besonders gefährdet sei. Die vorhergesehene Ausweitung der Saharawüste im Laufe des 21. Jahrhunderts könne die Existenz vieler Tunesier bedrohen, die meistens auf kleinen fruchtbaren Landstreifen am nördlichen Ende der Wüste leben, so Marsit.¹ Mit der neuen Verfassung tritt Tunesien dem bislang noch sehr limitierten Kreis der Länder bei (mit Tunesien

sind es nun drei),² die den Klimawandel in ihrem höchsten Rechtsdokument verankert haben und gilt daher nicht nur als Vorreiter für Nord-Afrika und den Nahen-Osten, sondern als Beispiel für die 194 übrigen Staaten, die diesen Schritt noch nicht vollzogen haben. Dieser neue Abschnitt in der tunesischen Geschichte bietet also die einzigartige Gelegenheit, ein breit angelegtes Verständnis für die Herausforderungen und Gefahren, die der Klimawandel auch für Tunesien darstellt, zu schaffen. Trotz dieser neuen Qualität, die dem Umweltschutz nunmehr quasi Verfassungsrang einräumt, sollte der tatsächliche Einfluss mit Blick auf die Maßnahmen, die daraus abgeleitet werden, nicht vorzeitig überschätzt werden.

Wie so oft bei derartig pionierartigen Unternehmungen gilt es, dem Verfassungstext noch Leben einzuhauchen, und zwar mit Blick auf die breite Sensibilisierung der Bevölkerung und die tatsächlichen politischen Entscheidungen. Im Vergleich zu Themen wie Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Lebensmittelpreise, Voranschreiten des demokratischen Transitionsprozesses und neuen Wahlen kommen Fragen des Umweltschutzes oder des Klimawandels nur selten in der öffentlichen Diskussion zum Vorschein. Seit der Revolution liegen für die Bevölkerung und so auch für die Entscheidungsträger und Politiker die Prioritäten vielmehr bei der Bekämpfung der steigenden Lebensmittelpreise oder der Arbeitslosigkeitsrate als bei der Klimaerwärmung. Obwohl die Konsequenzen des Klimawandels schwere Auswirkungen für die tunesische Wirtschaft³ zeitigen werden, einige Stimmen den Klimawandel als einen

1 | Climate Parliament, „Our MPs introduce climate clause to Tunisian constitution – 26 Jan, 2014. Proposal from Climate Parliament MPs gains near unanimous support“, <http://climateparl.net/cp/386&langs=en> [28.07.2014].

2 | Die zwei anderen Länder sind Ecuador (seit 2008) und die Dominikanische Republik (seit 2010).

3 | Landwirtschaft und Tourismus, die zwei Sektoren, auf denen die tunesische Wirtschaft ruht, sind am meisten gefährdet.